



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

2. Sitzung (öffentlich)

8. September 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung | 6 |
| Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählt der Ausschuss einstimmig Dr. Gerd Hachen zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. | |
| 2 Terminplan für das Jahr 2010 sowie für das Jahr 2011 | 7 |
| Der Ausschuss einigt sich auf einen Terminplan, der auf der Homepage des Ausschusses veröffentlicht wird. | |

3 Schulvielfalt erhalten – Keine Einheitsschule für NRW 8

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/21

Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen.

4 Viertes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (4. Schulrechtsänderungsgesetz) 20

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN
Drucksache 15/24

In Verbindung damit:

Gesetz zur Abschaffung der Kopfnoten an Schulen

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/29

Und:

Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern an Schulen

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/28

Sowie:

Gesetz zur Aufhebung der verbindlichen Grundschulgutachten

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/36

Sowie:

Gesetz zur Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbezirke

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/37

Der Ausschuss kommt überein, unter Beteiligung des Ausschusses für Kommunalpolitik eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen.

5 UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen**22**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/26

* * *

5 UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/26

Der Antrag wurde am 15. Juli 2010 im Plenum beraten und federführend an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie mitberatend an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Sören Link (SPD) führt aus, Inklusion werde in den nächsten Jahren unstreitig ein wichtiges Thema und eine wichtige Aufgabe für die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen sein. Er erinnert an die Erreichung eines weitreichenden Konsenses zwischen den Fraktionen in der vergangenen Legislaturperiode und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu verschieben, um die Möglichkeiten eines erneuten Konsenses mit den Fraktionen der CDU, der LINKEN und der FDP auszuloten.

Sigrid Beer (GRÜNE) schließt sich Sören Link an, es gehe darum, in einen Dialog einzutreten und an die seinerzeit schon erzielte größtmögliche Einigkeit anzuknüpfen. Sie hoffe ebenfalls auf das Entgegenkommen der Fraktion Die Linke. Im Ergebnis strebe man einen gemeinsamen Antrag an.

Klaus Kaiser (CDU) erklärt sich für seine Fraktion mit dem Verfahren einverstanden, da auch seine Fraktion ein einheitliches Auftreten anstrebe. Gegebenenfalls ziehe man eine Expertenanhörung in Erwägung.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) begrüßt ein separates Vorgehen bei diesem Thema unabhängig vom Gesamthema „Schulpolitik“, das ob seiner gesellschaftlichen Wichtigkeit von vielen Akteuren begleitet werde. Das Ergebnis der Gespräche der Fraktionen wolle sie gerne mit dem von ihrer Vorgängerin initiierten Gesprächskreis synchronisieren, um doppelte Arbeit zu vermeiden.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) sagt eine konstruktive Mitarbeit seiner Fraktion zu. Jedoch gebe es in der aktuellen Legislaturperiode grundsätzlich nur folgende Mehrheitsverhältnisse:

- SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP oder
- CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP oder
- SPD und CDU.

Mehr Möglichkeiten sehe die Demokratie dafür nicht vor.

Sigrid Beer (GRÜNE) will sich vergewissern, ob Prof. Dr. Thomas Sternberg tatsächlich eine Fraktion im Landtag ausschließen wolle.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) erwidert, er habe drei Möglichkeiten für eine Mehrheitsbildung im demokratischen Spektrum des Parlaments genannt.

Sören Link (SPD) zeigt sich ob der Aussage von Prof. Dr. Thomas Sternberg erschüttert, zumal man bei diesem Themenfeld in der letzten Legislaturperiode eine absolute Übereinstimmung erzielt habe. Daran den Ausschluss einer Fraktion zu knüpfen, offenbare ein grauenvolles Politikverständnis. Er bittet Prof. Dr. Thomas Sternberg, seine Aussage noch einmal zu überdenken.

Man werde alles versuchen, um zu einem Konsens aller Parteien im Landtag zu kommen und dabei keine Fraktion abhalten. Denn einen Konsens halte er gerade bei der Frage der Inklusion für wünschenswert.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) stimmt dem Verfahren für Ihre Fraktion ebenfalls zu und betont, dass man sich einer inhaltlichen Diskussion und einem Konsens nicht verweigere.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer fasst zusammen, man werde sich in der Ob-leuterunde über ein gemeinsames Vorgehen beraten, und erinnert an in der Vergangenheit gemeinsam von allen Fraktionen gefasste Beschlüsse.

gez. Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

hoe/27.09.2010/29.09.2010

161